



Detailansicht des Registereintrags

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Aktuell seit 15.07.2026 17:24:01

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002223
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	15.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Lützowstraße 94 10785 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930269970 E-Mail-Adressen: info@johanniter.de Webseiten: https://www.johanniter.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

420.001 bis 430.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,30

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Thomas Mähnert**

Funktion: Mitglied des Bundesvorstandes

2. Oliver Meermann

Funktion: Mitglied des Bundesvorstandes

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):**1. Friederike Moser von Filseck****2. Annegret Ernst****3. Kevin Grigorian****4. Jens Schwalb****5. Elisabeth Schott****6. Ralf Sick****7. Thomas Mähnert****8. Oliver Meermann****Gesamtzahl der Mitglieder:**

1.151.312 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

1.138.766 natürliche Personen

12.546 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (28):

1. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
2. Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V.
3. Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e.V. (VdDD)
4. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V. (ZOES)
5. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
6. Deutsche Institut für Normung e.V.
7. Bundesverband Hausnotruf e.V.
8. Verband für Digitalisierung in der Sozialwirtschaft e.V.
9. Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
10. Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
11. Mobile Retter e.V.
12. Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)
13. Deutscher Fundraising-Verband e.V. (DFRV)
14. Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e.V.
15. Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
16. WASH Netzwerk
17. Aktion Deutschland Hilft e.V. (ADH)
18. Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr e.V. (BAK FSJ)

19. Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung e.V. (FINSOZ)
20. Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb)
21. German Resuscitation Council (GRC) e.V.
22. Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH)
23. Centre for Humanitarian Action e.V.
24. Klima-Allianz Deutschland e.V.
25. Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej)
26. Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GDW)
27. Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge
28. Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies (VOICE) - Europäischer Dachverband

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Seniorenpolitik; Gesundheitsversorgung; Pflege; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Integration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist eine evangelische Hilfsorganisation mit über 1,1 Millionen Fördermitgliedern. Mehr als 44.000 ehrenamtliche und 35.000 hauptamtliche Mitarbeitende bilden das Herz unserer engagierten Organisation. Die Johanniter bringen sich nicht nur im klassischen Rettungsdienst ein, sondern auch in einer Vielzahl anderer sozialer und karitativer Bereiche. Von Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als Hilfsorganisation bis hin zu Kindertagesstätten und in der Hospizarbeit sind wir überall helfend und unterstützend dabei.

Wir Johanniter wenden uns als Sprachrohr für unsere Mitarbeitenden und für die uns in unseren Diensten anvertrauten Personen an die Politik. Wir bringen uns mit Stellungnahmen, Positionspapieren, in Anhörungen und im direkten Austausch mit politischen Partnern und Abgeordneten ein. Ziel unserer politischen Arbeit ist, die Politik auf aktuelle wie strukturelle Herausforderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik hinzuweisen.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes

Beschreibung:

Neugestaltung des Rettungsdienstes und der Reform der Notfallversorgung mit dem Ziel, die Kompetenzen im Rettungsdienst zu steigern, Doppelstrukturen abzubauen und Bagatelleinsätze zu verringern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2214 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes
(Notfallgesetz - NotfallG)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13166 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2403060001 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2504230006 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2512040032 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2602240006 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.02.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel der Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Die JUH plädiert für einheitliche und präzise Fachtermini. Zudem sind einheitliche Anforderungen an institutionelle Kinderschutzkonzepte festzulegen. Auch sollte die Finanzierung des Kinderschutzes bundeseinheitlich gesetzt werden. Ressourcen sowohl für die gesamtgesellschaftlichen Kinderschutzmaßnahmen als auch für den Kinderschutz in der Kinder- und Jugendhilfe müssen entsprechend bereitgestellt sein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 368/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13183 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2405080012 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2504230007 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Bevölkerungsschutz: Bundesweite Helfendengleichstellung umsetzen

Beschreibung:

Unsere Helfenden sind in ganz Deutschland im Einsatz. Wir setzen uns daher für eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung u. a. für Freistellung, Ausgleichsansprüche, Ersatzleistungen und soziale Absicherung der Helfenden der anerkannten Hilfsorganisationen in allen Einsatzsituationen analog zu den Regelungen für das Technische Hilfswerk und die Feuerwehren ein. Diese beinhaltet insbesondere die umfassende Freistellung der Helfenden für Ausbildung, Übungen und Einsätze auch unterhalb eines erklärten Katastrophenfalls. Das schafft Rechtssicherheit für die Helfenden, die Hilfsorganisationen und die Arbeitgeber.

Betroffenes geltendes Recht:

ZSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230012 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz)

Beschreibung:

Einführung bundesweit einheitlicher pädagogischer Qualitätsstandards, die durch qualifizierte Fachberatung und Profildienststellen für die Themen Sprache, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Inklusion oder Kinderschutz gesichert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KiQuTG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230013 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Ganzheitliche Reform der Pflegeversicherung**

Beschreibung:

Die Pflegeversicherung gilt es, generationengerecht und zukunftsfest nezugestalten. Hierfür setzen wir uns für die Einführung einer Pflegevollversicherung ein. Pflegeleistungen sollten unabhängig vom Wohnort der Pflegebedürftigen erbracht werden. Zudem sollten pflegende Angehörige gestärkt und die Potenziale der Digitalisierung weiter vorantreiben und stärker genutzt werden. Die JUH begleitet den Reformprozess zur Pflegeversicherung eng.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230014 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe**

Beschreibung:

Anlässlich der Koalitionsverhandlungen wurde von mehreren Organisationen das Thesenpapier „Empfehlungen zur humanitären Hilfe“ erarbeitet. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die deutsche humanitäre Hilfe zu stärken und hierfür eine

bedarfsorientierte, prinzipientreue und verlässliche humanitäre Finanzierung sicherzustellen. Humanitäre und anderen internationale Maßnahmen sollen eng abgestimmt und gleichzeitig die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der humanitären Hilfe bewahrt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts (Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230018 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

7. Gesetzesentwurf zur Einbeziehung der Jugendarbeit in die Erfüllung des Ganztagsrechtsanspruchs in den Schulferien

Beschreibung:

Der Gesetzesentwurf des BMBFSFJ zielt darauf ab, den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch während der Schulferien zu gewährleisten, in dem Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen während der Schulferien auch durch Angebote der Jugendarbeit erfüllt werden kann. Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. begrüßt den vorliegenden Gesetzesentwurf grundsätzlich. Die vorgesehene ausdrückliche Anerkennung von Angeboten der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII als rechtsanspruchserfüllend wird als Chance verstanden, die Bedeutung der Jugendarbeit im Zusammenspiel von schulischer und außerschulischer Bildung zu stärken. Der eigenständige Charakter der Jugendarbeit sollte dabei jedoch erhalten bleiben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1086 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - Rechtsanspruchserfüllende Ferienangebote in der Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509160016 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

8. **Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens**

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf stellt die besondere Schutzbedürftigkeit von Personen in den Vordergrund, die im Dienste des Gemeinwohls stehen, darunter zahlreiche Ehrenamtliche. Durch Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB) soll die besondere Verwerflichkeit von Gewalt gegen Personen, die für das Gemeinwohl tätig sind, herausgestellt und so ein rechtspolitisches Signal zur Stärkung des Schutzes dieser Personengruppen gesetzt werden.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.12.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601280001 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2026 an:

Bundesregierung

9. **Darlegung der Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung durch das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz**

Beschreibung:

Durch den Gesetzentwurf soll die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gesichert und die Beitragssätze stabilisiert werden. Dafür werden in verschiedenen Bereichen des Gesundheitssystems Kürzungen vorgeschlagen. Aus Sicht der JUH verkennt der vorliegende Entwurf die Versorgungsrealität der Notfallversorgung, im Fahrdienst sowie in der Pflege und birgt ein erhebliches Risiko der Unterfinanzierung. Eine nachhaltige Stabilisierung der GKV-Financen gelingt nur, wenn Effizienzreserven gehoben werden, ohne die operative Leistungsfähigkeit dieser Bereiche zu destabilisieren. Die im Entwurf vorgesehene Mechanik setzt derzeit zu stark auf Vergütungsbegrenzung und berücksichtigt die realen Kosten- und Sicherstellungsstrukturen dieser Versorgungsbereiche nicht ausreichend.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 16.04.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2604240015 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2604240016 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2606080015 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. Verordnung zur Neufassung der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung

Beschreibung:

Die Johanniter begrüßen das Ziel des Entwurfs, den Betäubungsmittelverkehr zu digitalisieren und zu entbürokratisieren. Zugleich entfaltet sich die im Entwurf hervorgehobene Entlastung nahezu vollständig bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Apotheken. Der Rettungsdienst profitiert hiervon nur am Rande, während die für ihn zentralen Pflichten weitgehend unverändert fortbestehen. Die nachfolgenden Punkte zielen darauf, diese Lücke zu schließen und Auslegungsunsicherheiten zu beseitigen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Neufassung der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung

Datum des Referentenentwurfs: 17.06.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BtMVV 1998 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607150033 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (93):

1. **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Nürnberg

Betrag: 2.340.001 bis 2.350.000 Euro

Förderung verschiedener Integrationsprojekte

2. Europäischer Sozialfonds

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Förderung der Teilhabe von Familien und Kindern

3. Regierung v. Mittelfranken

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Ansbach

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Förderung Sozialer Projekte

4. Stadt Regensburg

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Regensburg

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Förderung von Familienzentren

5. Regierungspräsidium Karlsruhe

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Karlsruhe

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Förderung des Ehrenamts

6. Regierungspräsidium Stuttgart

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Stuttgart

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung von Projekten im Land

7. Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Berlin

Betrag: 1.510.001 bis 1.520.000 Euro

Förderung von Angeboten in der Obdachlosenhilfe

8. Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Berlin

Betrag: 840.001 bis 850.000 Euro

Mobilitätshilfedienst für Senior/innen und Menschen mit Behinderung

9. Bezirksamt Reinickendorf

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

- Berlin
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Förderung Projekt Familienarbeit
10. **Landkreis Märkisch-Oderland**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Seelow
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Gemeinnützige Projekte
11. **Stadt Frankfurt (Oder)**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Frankfurt (Oder)
Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
12. **Gemeinde Hoppegarten**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hoppegarten
Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro
Zuschuss Mehrgenerationenhaus und Pflegeprojekt
13. **Landkreis Oder-Spree**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Beeskow
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung ambulanter sozialer Dienste
14. **Stadt Storkow**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Storkow
Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro
Gemeinnützige Projekte
15. **Landeshauptstadt Wiesbaden**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Wiesbaden
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Unterbringungs pauschale Fahrzeuge
16. **Kreis Offenbach**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Offenbach
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
MSHD und Zuschüsse KatS
17. **Bezirksamt Wandsbek für Soziales, Jugend und Gesundheit**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hamburg

- Betrag:** 130.001 bis 140.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte
18. **Kreis Herzogtum Lauenburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Ratzeburg
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
19. **Stadt Schleswig**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Schleswig
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
20. **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Thüringen**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Erfurt
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro
Projektförderung Vielfalt vor Ort
21. **EU, Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)**
Europäische Union
Brüssel / Hamburg
Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro
Projektförderungen Integration
22. **Auswärtiges Amt**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 6.070.001 bis 6.080.000 Euro
Humanitäre Projekte im In- und Ausland, MEDEVAC
23. **Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)**
Mitgliedstaat der EU
Italien
Rom
Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro
Humanitäre Projekte
24. **UN OCHA**
Drittstaat
Vereinigte Staaten
New York
Betrag: 1.170.001 bis 1.180.000 Euro
Humanitäre Projekte
25. **UNICEF**
Drittstaat

Vereinigte Staaten
New York
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Humanitäre Projekte

26. **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 1.930.001 bis 1.940.000 Euro
Projektförderungen Bevölkerungsschutz

27. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Förderung von Mehrgenerationenhäusern und Engagement

28. **Stadt Mannheim**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Mannheim
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Zuschuss KatS

29. **Stadt Nürnberg**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Nürnberg
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Förderung Arbeit mit trauernden Kinder und Jugendlichen

30. **Bürgeramt Steglitz/Zehlendorf**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Wirtschaftliche Sozialberatung

31. **zgs consult GmbH**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Förderung sozialer Projekte

32. **Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (SenWGP)**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Förderung sozialer Projekte

33. **Bezirksamt Pankow**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

- Berlin
Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro
Förderung eines Familienzentrums
34. **Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Cottbus
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
35. **Bundesamt für Wirtschaft u. Ausfuhrkontrolle (BAFA)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Eschborn
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
36. **AG für Erwachsenenbildung EKHN**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Darmstadt
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Fördermittel Erwachsenenbildung
37. **Stadt Trier**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Trier
Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro
Förderung Inklusionsprojekte
38. **Kreisverwaltung Trier-Saarburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Trier
Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro
Zuschuss Jugendhilfe
39. **Landratsamt Erzgebirge**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Annaberg-Buchholz
Betrag: 530.001 bis 540.000 Euro
Gemeinnützige Projekte im Landkreis
40. **Kommunaler Sozialverband Sachsen**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Leipzig
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Zuschuss für Selbsthilfeprojekt
41. **Landeshauptstadt Dresden, Sozialamt**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Dresden

- Betrag:** 20.001 bis 30.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte
42. **Stadt Leipzig**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Leipzig
Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro
Gemeinnützige Projekte
43. **Stadt Treffurt**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Treffurt
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Projektförderung Jugendarbeit
44. **Thüringer Landesverwaltungsamt**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Weimar
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Kofinanzierung Integrationsprojekte
45. **Landeshauptstadt München**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
München
Betrag: 670.001 bis 680.000 Euro
Soziale Projekte
46. **Regierung von Niederbayern, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Landshut
Betrag: 120.001 bis 130.000 Euro
Förderungen von Integrationsprojekten
47. **Stadtverwaltung Aue**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Aue
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Zuschuss Kita
48. **Landkreis Potsdam-Mittelmark**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Bad Belzig
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
Neubau Kita und Hort
49. **Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Köln
Betrag: 230.001 bis 240.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

50. **Europäische Kommission**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 4.210.001 bis 4.220.000 Euro

Zuschüsse Internationale Projekte

51. **Landkreis Uckermark**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Prenzlau

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

52. **Landkreis Havelland**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Rathenow

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

53. **Berliner Feuerwehr**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Zuschuss Bevölkerungsschutz

54. **Bezirksamt Neukölln**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

55. **Bundesministerium des Innern**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Förderung Demokratieprojekt im Programm "Zusammenhalt durch Teilhabe"

56. **bfz gGmbH Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Augsburg

Betrag: 1.120.001 bis 1.130.000 Euro

Förderung der Erstorientierungskurse

57. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 8.010.001 bis 8.020.000 Euro

Förderung Entwicklungszusammenarbeit

58. **Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Zuwendung Pflegekassen
59. **Bundesministerium für Arbeit und Soziales**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Projekt im Bereich Führungskräfteentwicklung
60. **Bundeszentrale für politische Bildung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Projekt im Bereich Vielfalt und Antidiskriminierung
61. **Landkreis Wesermarsch**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Brake
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
62. **Landesdirektion Chemnitz**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Chemnitz
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
63. **Landratsamt Vogtlandkreis**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Chemnitz
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
64. **Stadtverwaltung Crimmitschau**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Crimmitschau
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
65. **Landkreis Barnim**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Eberswalde
Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte
66. **Landkreis Görlitz**

- Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Görlitz
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
67. **Bezirksamt Eimsbüttel**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hamburg
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte
68. **Landeshauptstadt Hannover**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Hannover
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung Kältebus
69. **Landkreis Harburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Harburg
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
Zuschuss Energieeffizienz
70. **Bezirksamt Harburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Harburg
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
71. **Regierungspräsidium Kassel**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Kassel
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Zuschuss Kitas
72. **Ministerium für Justiz und Gesundheit Schleswig-Holstein**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Kiel
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Förderung Betreuungsvereine
73. **Stadt Kirchberg**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Kirchberg
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Zuschuss Ausstattung
74. **Investitionsbank des Landes Brandenburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Land

Potsdam

Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro

Zuschuss Kita

75. **Gemeinde Langenbernsdorf**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Langenbernsdorf

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuschuss Kita

76. **Stadtverwaltung Lauter**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Lauter

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Projekt Kinder- und Jugendhilfe

77. **Sächsische Aufbaubank (SAB)**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Leipzig

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Zuschuss Fachkräftesicherung

78. **Bayerisches Staatsministerium des Innern, Sport und Integration**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderung Landesübung

79. **Stadt Nauen**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Nauen

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung Kinder- und Jugendhilfe

80. **Landkreis Northeim**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Northeim

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

81. **Landkreis Oberhavel**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Oranienburg

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Förderung Integrationsprojekte

82. **Stadt Plauen**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Plauen

- Betrag:** 30.001 bis 40.000 Euro
Sanierung Kita Plauen
83. **Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Potsdam
Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
Förderung Integrationsprojekte
84. **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Potsdam
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
85. **Gemeinde Schöneiche bei Berlin**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Schöneiche bei Berlin
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
Förderung eines Demokratieprojektes
86. **Stadt Stuttgart**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Stuttgart
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
87. **Stadt Treffurt**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Treffurt
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Zuschuss Kinder- und Jugendhilfe
88. **Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Wiesbaden
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Zuschuss Kita
89. **Landeshauptstadt Wiesbaden**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Wiesbaden
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Förderung sozialer Projekte
90. **Stadtverwaltung Wilkau-Haßlau**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Wilkau-Haßlau
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuschuss zur Miete

91. **Stadt Würzburg**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Würzburg

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projektförderung Drohne

92. **Stadt Zwickau**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Zwickau

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

93. **Gemeinde Weilerswist**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Weilerswist

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Förderung sozialer Projekte

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

57.840.001 bis 57.850.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Aktion Deutschland Hilft**

Betrag: 26.490.001 bis 26.500.000 Euro

Hilfsprojekte im In- und Ausland

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

86.280.001 bis 86.290.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

JUH_JB25_Gesamt_260709_digital.pdf